

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postkontonr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13093. — **Berlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonellszeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. Kettame-Kolonellszeile 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Russen 50 km vor Warschau und 40 km vor Lemberg. Brest-Litowsk in russischer Hand.

### Der polnische Zusammenbruch.

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Die Baseler Nationalzeitung meldet aus Warschau: Die polnische Nordfront bei Dkrow ist von neuem zurückgenommen worden. Damit ist die Frontlinie auf 50 Kilometer der Hauptstadt Warschau nahegerückt. Seit Sonntagfrüh herrscht in Warschau eine ununterbrochene Panikstimmung. Die wohlhabenden Kreise flüchten aus der Stadt nach Boby und Petrikau.

Der Matin meldet: Mehrere bolschewistische Divisionen haben den Sereth in breiter Front überschritten. Sie rücken auf Lemberg. Die polnischen Truppen ziehen sich zurück und liefern nur noch Nachhutgefechte. Die polnische Heeresleitung beabsichtigt, Lemberg zu räumen, dagegen die Festung Przemyśl aufs äußerste zu verteidigen.

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Der Volksfreund meldet aus Wien: Nach den am 3. August in Wien vorliegenden Nachrichten befindet sich Brest-Litowsk in russischer Hand. Die Russen sind getrennt bis auf 100 Kilometer östlich Warschau und bis auf 40 Kilometer östlich Lemberg vorgedrungen.

### Unterbrechung der Waffenstillstandsverhandlungen.

London, 3. August. (Reuters.) Ein Moskauer Funkspruch meldet: Die Waffenstillstandsverhandlungen sind ausgesetzt worden. Die polnischen Delegierten kehren nach Warschau zurück, um von ihrer Regierung die Ermächtigung zur Unterzeichnung nicht nur des Waffenstillstandsvertrages, sondern auch der grundlegenden Friedensbedingungen, die die Sowjetregierung aufgestellt hat, zu erlangen.

### Fortschreiten der russischen Offensive.

Paris, 3. August. Havas veröffentlicht folgenden Bericht der Bolschewisten vom 2. d. M.: In der Gegend von Lomiza wurden die Ufer des Bobr und des Narew überschritten. Die Offensive wird energisch fortgesetzt. Im Westen von Bialystok wurde die Stadt Bolyk besetzt, ebenso die Station Balmaschew. Vier Geschütze wurden erbeutet. Im Norden von Kobrin haben die bolschewistischen Truppen den Widerstand des Heines gebrochen und neues Gebiet erobert. Eine feindliche Batterie wurde erstickt.

### Hilfe der Alliierten für Polen. Lieferung von Kriegsmaterial.

Breslau, 3. August. (M.) Auf den oberösterreichischen Bahnen treffen unausgesetzt Züge mit vierachsigen englischen und amerikanischen Waggons ein, die sofort nach Polen weitergeleitet werden. Die Waggons enthalten zum Teil Munition, zum Teil Verbandzeug.

### Bereitstellung französischer Truppen.

Brüssel, 4. August. (M.) Nach hier eingetroffenen Meldungen sollen große französische Truppenmengen zum Transport nach Polen bereitstehen, ferner französische Eisenbahner zur Verwendung im Ausland.

Kopenhagen, 4. August. Die Berlingske Tidende meldet, General Pilsudski habe die Oberleitung des polnischen Heeres an die Franzosen abgegeben.

### Lloyd George lehnt vorläufig Verhandlungen mit den russischen Vertretern ab.

Paris, 3. August. Echo de Paris meldet aus London, daß Lloyd George sich geweigert habe, die Sowjetvertreter Krassin und Kamenev zu empfangen, und daß der Waffenstillstand mit Polen abgeschlossen und die Bedingungen dafür in Kraft getreten sein müßten, bevor er mit den beiden Bevollmächtigten der Sowjetrepublik verhandle.

Im englischen Unterhause antwortete Lloyd George auf eine Anfrage, daß Maßnahmen ergriffen würden, um zu verhindern, daß die englischen Soldaten weder in britische Unruhen noch in die russisch-polnischen Kämpfe hineingezogen würden.

### Französische Truppentransporte in Erfurt aufgehalten.

M. Erfurt, 2. August. In Erfurt ist es in den letzten Tagen mehrmals zu Zusammenstößen zwischen deutschen Eisenbahnbeamten und Militärtransporten der Entente gekommen. Sonnabend nachmittags wurde von den Eisenbahnern ein Transportzug angehalten, mit einer Kompanie französischer Soldaten. Der französische Offizier ließ darauf den Zugführer und Heizer festnehmen und die Kompanie unter Gewehr antreten, wobei die Waffen schußfertig gemacht wurden. Nach längeren Verhandlungen erklärte jedoch der französische Offizier bereit, über Art und Zusammenlegung seines Transportes Auskunft zu geben. Nach Rundenlangen Beratungen wurde dem französischen Transportzug die Weiter-

fahrt gestattet. Die Eisenbahnergewerkschaften wollen jetzt beim Reichsverkehrsminister vorstellig werden, um eine Regelung der Ueberwachung von Transporten herbeizuführen.

### Die gefährdete deutsche Neutralität. Drohungen der Entente.

Erfurt, 3. August. Der Durchtransport der Poloniszüge durch Deutschland hat in Gertungen und Erfurt zu verschiedenen Zwischenfällen geführt. Am Sonntag wurde bei einer Prüfung in Erfurt und Gertungen festgestellt, daß der Transport entgegen den Vertragsbestimmungen, einen Staboffizier, 2 Offiziere, 7 Unteroffiziere und 56 Mann mit sich führte. Waffen und Munition waren in dem Transport nicht enthalten. Durch die Kontrolle entstand in Gertungen ein längerer Aufenthalt. Während in Erfurt ein Schiffsäuser ausgewechselt werden mußte, benutzte man die Zeit gleichfalls zur Kontrolle. Auf diese Zwischenfälle hin fordert die Entente, daß die Kontrollkommission in Gertungen, ebenso wie der Oberbahninspektor aus dem Dienst entlassen werden. Weiter besteht sie sich die Forderung nach Auslieferung dieser Personen vor. Für jede Stunde der Verspätung, die infolge der Kontrolle entstand, fordert die Entente die Bezahlung einer Konventionstrafe von 800000 Mark und droht, bei Wiederholung derartiger Zwischenfälle die gesamte Etappenstrecke von Bismarckshaus bis Oberhofen zur Sicherung der Transporte militärisch zu besetzen.

Von der Kontrollkommission Erfurt wurden an die Fraktionen der USPD, der SPD, und der DDP, an den Reichsverkehrsminister, an den Deutschen Reichsbahnbeamtenbund Telegramme geschickt, in welchem der Tatbestand des Untersuchungsergebnisses klargestellt wurde und von der Regierung eine unzweideutige Erklärung für die weiteren Maßnahmen gefordert wird. Nach den Ausführungen, die der Minister Simons am Montag im Reichstag gemacht hat, darf die Stellung der Regierung nicht zweifelhaft sein.

Berlin, 3. August. (M.) Die Alliierten haben in Berlin den Vorstoß gemacht, daß Deutschland die Waffen, die es der Alliierten-Kommission in der nächsten Woche auszuliefern habe, direkt an Polen liefern soll, wegen gewisse Kompensationen gewährt werden sollen.

Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Regierung diese Anforderung nicht ablehnen muß, wenn sie ihre Neutralitätserklärung ernst nimmt. Die deutsche Arbeiterschaft hat darüber zu wachen, daß die deutsche Regierung sich nicht zu solchem Vorstoß zwingen läßt. Und täte sie es doch, so wird das Proletariat das sonderbare Geschäft auf alle Fälle nicht zustandekommen lassen!

### Ein Anschlag auf die Neutralität Oesterreichs!

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Wie die Volksfreund Zeitung aus Wien vom 3. August erfährt, findet seit 12 Uhr mittags eine Besprechung des Staatssekretärs des Auswärtigen, Dr. Renner, mit den Wiener Ententegeandten statt. Die Unterredung betrifft insbesondere die Diktanden. Die Geandten sind anscheinend beauftragt, besondere Forderungen an die deutsch-österreichische Regierung zu stellen. Wie verlautet, soll von der deutsch-österreichischen Regierung beabsichtigt sein, eine nach dem reichsdeutschen Beispiel gefasste Neutralitätserklärung gegenüber Rußland und Polen zu erlassen. Diese Neutralitätserklärung wäre um so dringender, als in Wien schon seit einigen Tagen eine französische militärische Abordnung eingetroffen sei, welche die Durchsicht der Kriegsmaterial für Polen vorbereiten soll. Er werden, wie es heißt, große Transporte von Waffen, Munition, Automobilen usw. über Triest erwartet.

### Beteiligung Amerikas an der Londoner Konferenz?

London, 2. August. Nach einer Meldung der Times aus New York hat Wilson sich dahin ausgesprochen, daß er zur Konferenz in London, die wegen des Friedens mit Polen stattfinden soll, einen Vertreter entsenden werde. Wie von gut unterrichteter Seite, die Wilson nahestehe, behauptet werde, soll der Präsident der Ansicht sein, daß die Konferenz in London zur Revision des Friedensvertrages von Versailles führen werde. Man glaube, daß die Entsendung eines Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten zur Londoner Konferenz auf Frankreichs Wunsch zurückzuführen sei.

### Kohlenpreise.

B. A. Im Anschluß an die Besprechung über die zur Erfüllung des Spa-Abkommens notwendigen Maßnahmen zur Verteilung des Quantums Steinkohlen, das der deutschen Wirtschaft noch zur Verfügung stehen wird, fand, wie wir schon kurz gemeldet haben, eine Tagung des Reichskohlenverbandes und des Reichsausschusses des Reichskohlenrates statt, die über einen Antrag auf Erhöhung des Kohlenpreises um 25 Mark ausschließlich Steuer beschließen sollte. Die Forderung der Preisaufbesserung ging vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat aus.

Über die Verhandlungen wurden durch Wolffs Bureau u. a. berichtet:

Die 25 Mk. (die zunächst gefordert wurden, Red.) setzen sich aus folgenden drei Posten zusammen: 1. 14 Mk. für verärrteten Heimstättenbau, 2. 9 Mk. zur Uebernahme der seit Juni unlöslich einer Lohnsteigerung einstellenden vom Reich kreditweise hergegebenen 4 1/2 Mk. je Schicht für Lebensmittelbons, 3. 1.80 Mark bezw. rund 2 Mk. zur Rückzahlung der zu Ziffer 2 genannten schon ausgegebenen Beträge an das Reich.

Herr Staatssekretär Dr. Hirsch teilte dazu mit, daß das Kabinett sich mit der Frage beschäftigt habe und zu folgendem Ergebnis gekommen sei: Das allgemeinerwirtschaftliche Interesse läßt zur Zeit eine Kohlenpreiserhöhung nicht zu. Wird sie beschlossen, so ist gegen diesen Beschluß der gesetzliche Einspruch zu erheben. Indessen erklärt die Reichsregierung sich bereit, für den Bergarbeiterheimstättenbau sofort 300 Millionen Mark im Wege des Kredits bereit zu stellen und auf die Rückzahlung der oben zu Punkt 3 genannten Beträge zu verzichten. Die verbleibenden 9 Mk. des Antrages würden die Zechen ab 1. August selbst ohne Preiserhöhung tragen können aus drei Gründen: 1. weil die Materialpreise in den letzten Monaten stark gesunken seien und sich dadurch die Selbstkosten erniedrigen würden; 2. weil die Förderung steigen und auch dadurch die Selbstkosten sinken würden; 3. weil die meisten Zechen bisher schon gute Gewinne aus Nebenbetrieben erzielt hätten.

Nach eingehender Aussprache wurde angenommen, daß die Preiserhöhung zu Punkt 3 über 2 Mk. durch das Angebot der Regierung hinänglich sei. Ein Antrag, hiernach 23 Mk. pro Tonne Preiserhöhung zu beschließen, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag, angesichts des Angebots des Heimstättenkredits nur die noch zu verbleibenden 9 Mk. Preiserhöhung zu fordern, fand Annahme.

Worauf der Staatssekretär, wie gemeldet, Einspruch erhob.

Die Bescheidenheit der Schlotbarone ist wirklich sehr anerkennenswert. Eine Forderung, jetzt den Kohlenpreis zu erhöhen, müssen wir angesichts der gesamten Verhältnisse in deutschen Wirtschaftsleben als eine so kraße einseitige Interessenwahrnehmung ansehen wie sie empörender gar nicht gedacht werden kann. Die Kohlenpreise sind letzten Endes für das Preisniveau aller Produkte entscheidend. Ihre Heranziehung in einer Zeit günstigerer Valutagegestaltung und von den verschiedensten Seiten rückhaltlos als notwendig zugegebenen allgemeinen Preisabbaues ließe sich nur rechtfertigen, wenn die Not des Bergbaues eine so brennende wäre, daß die Aufrechterhaltung der Betriebe sonst unmöglich sein würde. Wie stehen die Dinge aber in Wirklichkeit? Ist bis heute ein auch nur einigermaßen überzeugender Gegenbeweis zu den nüchternen, aber klaren Zahlenargumenten des Dr. Kuczynski beigebracht worden? Hält nicht im Gegenteil dieser ernste Statistiker, ein Mitglied der Sozialisierungskommission, allem Insturum gegenüber stand und beharrt auf den von ihm veröffentlichten Ziffern? Ist nicht in letzter Zeit ganz offiziell von der Bergbaupresse zugegeben worden, daß die Zechen ganz gänzlich arbeiten und gut verdienen? Haben die letzten Abschlässe der Kohlenindustrie nicht bewiesen, daß bei verminderter Erzeugung erhöhte Gewinne herauspringen?

Wir haben bereits im Mai dagegen protestiert, daß das Reich sich mit dem Zuschußverfahren zugunsten des Zechenkapitals belaste und bei der katastrophalen Finanznot, die jede Betrachter der Steuerereignisse nur Reichsausgaben offenbart, neue Lasten zu den bestehenden häuft, nur damit die gute Laune der Bergbaugewaltigen nicht getrübt werde. Jetzt sind durch den Verzicht auf Zurückzahlung, den der Staatssekretär ausgesprochen hat, diese Summen endgültig vom Reiche übernommen worden und erhöhen den Betrag des Defizits, den das Rechnungsjahr 1920 bringen wird.

Das Privatkapital spannt überall dort, wo ihm neue Lasten drohen, die Allgemeinheit entweder in Gestalt des Reichsfiskus oder in Form einer direkten Abwälzung auf den Konsumenten — vor seinen Wagen und findet immer neue Gelegenheiten, der eigenen Bereicherung nach Kräften auf den mehr als durchsichtigen Versuchsballon hingewiesen